

SESSION 2025

ALLEMAND
Épreuve à option

Sujet commun ENS Ulm, Lyon

Durée : 6h

Le sujet comporte 6 pages

TOURNEZ LA PAGE S.V.P

ANALYSE ET COMMENTAIRE DE TEXTES OU DOCUMENTS EN ALLEMAND

Analysez et commentez, **en allemand**, les cinq documents suivants :

DOCUMENT 1

Johann Peter ECKERMANN, *Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens*, Leipzig, 1837

Donnerstag, den 23. Oktober 1823

[...] Wir sprachen sodann über die Einheit Deutschlands, und in welchem Sinne sie möglich und wünschenswerth [ist].

„Mir ist nicht bange, sagte Goethe, daß Deutschland nicht eins werde; unsere guten Chausseen und künftigen Eisenbahnen werden schon das Ihrige thun. Vor Allem aber sei es eins in Liebe untereinander! und immer sei es eins gegen den auswärtigen Feind. Es sei eins, daß der deutsche Thaler und Groschen im ganzen Reiche gleichen Werth habe; eins, daß mein Reisekoffer durch alle sechs und dreißig Staaten ungeöffnet passiren könne. Es sei eins, daß der städtische Reisepaß eines Weimar'schen Bürgers von dem Grenzbeamten eines großen Nachbarstaates nicht für unzulänglich gehalten werde, als der Paß eines Ausländers. Es sei von Inland und Ausland unter deutschen Staaten überall keine Rede mehr. Deutschland sei ferner eins in Maaß und Gewicht, in Handel und Wandel, und hundert ähnlichen Dingen, die ich nicht alle nennen kann und mag.“

„Wenn man aber denkt, die Einheit Deutschlands bestehe darin, daß das sehr große Reich eine einzige große Residenz¹ habe, und daß diese eine große Residenz, wie zum Wohl der Entwicklung einzelner großer Talente, so auch zum Wohl der großen Masse des Volkes gereiche, so ist man im Irrthum.“

„Man hat einen Staat wohl einem lebendigen Körper mit vielen Gliedern verglichen, und so ließe sich wohl die Residenz eines Staates dem Herzen vergleichen, von welchem aus Leben und Wohlsein in die einzelnen nahen und fernen Glieder strömt. Sind aber die Glieder sehr ferne vom Herzen, so wird das zuströmende Leben schwach und immer schwächer empfunden werden. Ein geistreicher Franzose, ich glaube Dupin, hat eine Karte über den Culturzustand Frankreichs entworfen, und die größere oder geringere Aufklärung der verschiedenen Departements mit helleren oder dunkleren Farben zur Anschauung gebracht. Da finden sich nun, besonders in südlichen, weit von der Residenz entlegenen Provinzen, einzelne Departements, die in ganz schwarzer Farbe daliegen, als Zeichen einer dort herrschenden großen Finsterniß. Würde das aber wohl sein, wenn das schöne Frankreich, statt des einen großen Mittelpunktes, zehn Mittelpunkte hätte, von denen Licht und Leben ausginge?“

„Wodurch ist Deutschland groß, als durch eine bewundernswürdige Volks-Cultur, die alle Theile des Reichs gleichmäßig durchdrungen hat. Sind es aber nicht die einzelnen Fürstensitze, von denen sie ausgeht und welche ihre Träger und Pfleger sind? — Gesetz, wir hätten in Deutschland seit Jahrhunderten nur die beiden Residenzstädte Wien und Berlin,

1 Residenz oder Residenzstadt: Stadt, in der der regierende Fürst seinen Wohnsitz hat, also Hauptstadt eines Fürstentums.

oder gar nur eine, da möchte ich doch sehen, wie es um die deutsche Cultur stände? ja auch um einen überall verbreiteten Wohlstand, der mit der Cultur Hand in Hand geht!“

„Deutschland hat über zwanzig im ganzen Reich vertheilte Universitäten, und über hundert ebenso verbreitete öffentliche Bibliotheken. An Kunstsammlungen und Sammlungen von Gegenständen aller Naturreiche gleichfalls eine große Zahl; denn jeder Fürst hat dafür gesorgt, dergleichen Schönes und Gutes in seine Nähe heranzuziehen. Gymnasien und Schulen für Technik und Industrie sind im Ueberfluß da. Ja es ist kaum ein deutsches Dorf, das nicht seine Schule hätte. Wie steht es aber um diesen letzten Punkt in Frankreich!“

DOCUMENT 2

Anton von Werner, *Kaiserproklamation in Versailles 1871*, Druck nach einem Ölgemälde Anton von Werners (1885), in: Müller-Baden, Emanuel (Hrsg.): *Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens*, Bd. 4. - Berlin, Leipzig, Wien, Stuttgart: Deutsches Verlagshaus Bong & Co, 1904.



DOCUMENT 3

Thronrede Kaiser Wilhelms II. vor den Abgeordneten des Reichstags, 4. August 1914

Geehrte Herren!

In schicksalsschwerer Stunde habe Ich die gewählten Vertreter des deutschen Volkes um Mich versammelt. Fast ein halbes Jahrhundert lang konnten wir auf dem Weg des Friedens verharren. Versuche, Deutschland kriegerische Neigungen anzudichten und seine Stellung in der Welt einzuengen, haben unseres Volkes Geduld oft auf harte Proben gestellt. In unbeirrbarer Redlichkeit hat Meine Regierung auch unter herausfordernden Umständen die Entwicklung aller sittlichen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte als höchstes Ziel verfolgt. Die Welt ist Zeuge gewesen, wie unermüdlich wir in dem Drang und den Wirren der letzten Jahre in erster Reihe standen, um den Völkern Europas einen Krieg zwischen Großmächten zu ersparen.

Die schwersten Gefahren, die durch die Ereignisse am Balkan heraufbeschworen waren, schienen überwunden. Da tat sich mit der Ermordung Meines Freundes, des Erzherzogs Franz Ferdinand, ein Abgrund auf. Mein hoher Verbündeter, der Kaiser und König Franz Joseph, war gezwungen, zu den Waffen zu greifen, um die Sicherheit seines Reichs gegen gefährliche Umtriebe aus einem Nachbarstaat zu verteidigen. Bei der Verfolgung ihrer berechtigten Interessen ist der verbündeten Monarchie das Russische Reich in den Weg getreten. An die Seite Österreich-Ungarns ruft uns nicht nur unsere Bündnispflicht. Uns fällt zugleich die gewaltige Aufgabe zu, mit der alten Kulturgemeinschaft der beiden Reiche unsere eigene Stellung gegen den Ansturm feindlicher Kräfte zu schirmen.

[...]

Geehrte Herren! Was menschliche Einsicht und Kraft vermag, um ein Volk für die letzten Entscheidungen zu wappnen, das ist mit Ihrer patriotischen Hilfe geschehen. Die Feindseligkeit, die im Osten und im Westen seit langer Zeit um sich gegriffen hat, ist nun zu hellen Flammen aufgelodert. Die gegenwärtige Lage ging nicht aus vorübergehenden Interessenkonflikten oder diplomatischen Konstellationen hervor, sie ist das Ergebnis eines seit langen Jahren tätigen Übelwollens gegen Macht und Gedeihen des Deutschen Reichs.

Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter. Aus den Schriftstücken, die Ihnen zugegangen sind, werden Sie ersehen, wie Meine Regierung und vor allem Mein Kanzler bis zum letzten Augenblick bemüht waren, das Äußerste abzuwenden. In aufgedrungener Notwehr mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert.

An die Völker und Stämme des Deutschen Reichs ergeht Mein Ruf, mit gesamter Kraft, in brüderlichem Zusammenstehen mit unseren Bundesgenossen, zu verteidigen, was wir in friedlicher Arbeit geschaffen haben. Nach dem Beispiel unserer Väter fest und getreu, ernst und ritterlich, demütig vor Gott und kampfesfroh vor dem Feind, so vertrauen wir der ewigen Allmacht, die unsere Abwehr stärken und zu gutem Ende lenken wolle!

Auf Sie, geehrte Herren, blickt heute, um seine Fürsten und Führer geschart, das ganze deutsche Volk. Fassen Sie Ihre Entschlüsse einmütig und schnell – das ist Mein inniger Wunsch. [...]

Sie haben gelesen, meine Herren, was Ich an Mein Volk vom Balkon des Schlosses aus gesagt habe. Hier wiederhole Ich: Ich kenne keine Parteien mehr, Ich kenne nur Deutsche.

[Langanhaltendes brausendes Bravo.]

Zum Zeichen dessen, daß Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschiede, ohne Stammesunterschiede, ohne Konfessionsunterschiede durchzuhalten mit Mir durch dick und dünn, durch Not und Tod, fordere Ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und Mir das in die Hand zu geloben.

[Die Parteiführer kamen dieser Aufforderung nach unter stürmischem andauerndem Bravo.]
[...]

Quelle: Verhandlungen des Reichstags. Dreizehnte Legislaturperiode. Zweite Session. 1914. Eröffnungssitzung im Weißen Saale des Königlichen Schlosses zu Berlin am Dienstag den 4. August 1914, in: Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, 1914/16, Bd. 306, S. 1-2.

DOCUMENT 4

Rede des Schriftstellers Günter GRASS auf dem Parteitag der SPD

Berlin, 18. 12. 1989

Wieder einmal sieht es so aus, als werde vernunftbestimmtes Nationalbewusstsein von diffusem Nationalgefühl überschwemmt; beklommen bis verschreckt nehmen unsere Nachbarn den rücksichtslos herbeigeredeten Einheitswillen der Deutschen zur Kenntnis. Das wirkliche Geschehen jedoch, wie sich das Volk der DDR von Tag zu Tag mehr Freiheiten erkämpft und dabei gewaltlos die Bastionen des verhassten Regimes schleift, dieser in der deutschen Geschichte einzigartige, weil revolutionäre und dennoch erfolgreiche Vorgang, droht in den Hintergrund zu geraten [...]

Die Wirklichkeit, das heißt, berechtigte und auf Erfahrung gründende Sorgen der Nachbarn, holten den Deutschen Bundestag ein. Die Wortblase „Wiedervereinigung“ platzte, weil niemand, der bei Verstand und geschlagen mit Gedächtnis ist, zulassen kann, dass es abermals zu einer Machtballung in der Mitte Europas kommt. [...] Auch wir Deutsche nicht, denn jener Einheitsstaat, dessen wechselnde Vollstrecker während nur knapp fünfundsiebzig Jahren anderen und uns Leid, Trümmer, Niederlagen, Millionen Flüchtlinge, Millionen Tote und die Last nicht zu bewältigender Verbrechen ins Geschichtsbuch geschrieben haben, verlangt nach keiner Neuauflage und sollte – so gutwillig wir uns mittlerweile zu geben verstehen – nie wieder politischen Willen entzünden.

Lernen wir vielmehr von unseren Landsleuten in der DDR, denen nicht, wie den Bürgern der Bundesrepublik, Freiheit geschenkt wurde, die sich vielmehr gegen den Widerstand des allumfassenden Systems ihre Freiheit erkämpfen mussten. [...] Wirtschaftlich ausgebeutet von (der) Sowjetunion [...], beim Arbeiteraufstand im Juni 1953 sogleich sowjetischen Panzern konfrontiert, schließlich eingemauert, haben die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik bezahlen müssen, auch stellvertretend für die Bürger der Bundesrepublik zahlen und draufzahlen müssen. Nach ungerechtem Maß haben nicht wir für sie, nein, sie für uns die Hauptlast des von allen Deutschen verlorenen Zweiten Weltkrieges getragen.

Also sind wir ihnen ziemlich viel schuldig. Nicht gönnerhaftes „Mal-kurz-unter-die-Arme-greifen“ oder flinkes Aufkaufen der „Konkursmasse DDR“ ist gefragt, vielmehr ein weitreichender Lastenausgleich, fällig ab sofort und ohne weitere Vorbedingungen...

Erst dann, wenn unseren Landsleuten in der DDR, die erschöpft sind, denen das Wasser bis zum Hals steht, die sich dennoch Stück für Stück ihre Freiheit erkämpfen, auch von unserer Seite Gerechtigkeit widerfährt, erst dann können sie gleichberechtigt mit uns und wir ihnen über Deutschland und Deutschland, über zwei Staaten einer Geschichte und einer Kulturnation, über zwei konföderierte Staaten im europäischen Haus sprechen und verhandeln. Selbstbestimmung setzt umfassende, also auch ökonomische Unabhängigkeit voraus [...] Vereinigung als Einverleibung der DDR hätte Verluste zur Folge, die nicht auszugleichen wären: denn nichts bliebe den Bürgern des anderen, nunmehr vereinnahmten Staates von ihrer leidvollen, zum Schluss beisspiellos erkämpften Identität: ihre Geschichte unterläge dem dumpfen Einheitsgebot. Nichts wäre gewonnen außer einer beängstigenden Machtfülle, gebläht vom Gelüst nach mehr und mehr Macht. Allen Beteuerungen, selbst den gutgemeinten zum Trotz, wären wir Deutschen wieder zum Fürchten. Weil von unseren Nachbarn mit berechtigtem Misstrauen aus zunehmender Distanz gesehen, könnte bald wieder einmal das Gefühl des Isoliertseins und mit ihm jene gemeingefährliche Mentalität aufkommen, die sich aus Selbstmitleid als ‚von Feinden umringt‘ begreift [...]

DOCUMENT 5

Einige Fortschritte, viele Herausforderungen

Quelle: Tagesschau, 27.09.2023

Die Bundesregierung sieht 33 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung große Fortschritte beim Zusammenwachsen des Landes, aber auch weiteren Handlungsbedarf. „Strukturelle Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland konnten abgebaut werden, teilweise sind sie verschwunden“, heißt es in dem Bericht zum Stand der Deutschen Einheit.

Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, betonte bei der Vorstellung, dass sich die Landesteile in vielen wichtigen Punkten seit der Wiedervereinigung 1990 stark angenähert haben. Dazu zählen zum Beispiel die Renten, die jetzt das gleiche Niveau hätten. Ein anderes Beispiel sei die Lebenserwartung, die 1990 im Osten noch zwei bis drei Jahre niedriger lag als im Westen. Bei Frauen sei der Unterschied seit den 2000er-Jahren kaum noch sichtbar, heißt es in dem Bericht. Bei Männern bleibe jedoch eine Lücke. Auch sei die Lebenserwartung während der Corona-Pandemie im Osten stärker zurückgegangen als im Westen, sodass Unterschiede teils wieder gewachsen seien.

Schneider betonte auch die Erfolge der Wirtschaftsförderung, die beispielsweise dazu geführt hätten, dass Sachsen zu einem Zentrum der Halbleiter-Industrie geworden sei. Auch gebe es in der ostdeutschen Arbeiterschaft ein zunehmend stärkeres Selbstbewusstsein, was die Bereitschaft von Arbeitskämpfen steigere – und damit potentiell zu höheren Löhnen führe.

Dennoch gibt es weiterhin Herausforderungen. So liegt laut dem Bericht das durchschnittliche verfügbare Einkommen eines Privathaushalts in Ostdeutschland noch immer elf Prozent unter dem eines West-Haushalts. Tatsache sei zudem, dass „ein höherer Anteil von Menschen in

ländlichen Regionen Ostdeutschlands in einem Umfeld lebt, das von einer stagnierenden oder schrumpfenden Bevölkerung und von einer geringeren Ausstattung mit Einrichtungen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge geprägt ist“. Viele gesamtdeutsche Herausforderungen, auch in Verbindung mit Digitalisierung oder einer erreichbaren Gesundheitsversorgung erschienen daher „in Teilen Ostdeutschlands wie im Brennglas“.

Als eine zentrale Aufgabe für die kommenden Jahre nannte Schneider die Fachkräftesicherung. Diese sei die Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität. Tatsächlich leiden viele ostdeutsche Regionen unter Abwanderung und Überalterung: Zwischen 1991 und 2021 wanderten laut Bericht rund vier Millionen Ostdeutsche in das frühere Bundesgebiet ab, zumeist junge Erwachsene im Alter zwischen 18 bis 29 Jahren. Lediglich 2,8 Millionen Personen zogen in die umgekehrte Richtung. Hinzu komme eine geringere Zuwanderung aus dem Ausland in den Osten. Der Anteil der über 65-Jährigen liegt laut dem Bericht in den Städten Ostdeutschlands bei 22 Prozent und in ländlichen Regionen bei 27 Prozent. Der Anteil der Erwerbsfähigen ist in den westdeutschen Städten mit 62 Prozent am höchsten. Auf dem Land sind es 61 Prozent. Im Osten liegt er in ländlichen Regionen mit 57 Prozent deutlich darunter. Und auch der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte lag 2022 in allen ostdeutschen Bundesländern (außer Berlin) im einstelligen Bereich und damit weit unter dem bundesweiten Durchschnitt von gut 24 Prozent. Verwiesen wird in dem Bericht auch auf eine laut Umfragen deutlich höhere Verbreitung migrationsfeindlicher Einstellungen im Osten sowie auf höhere Fallzahlen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Schneider betonte aber, dass Unterschiede nicht nur zwischen Ost und West bestehen. Es gebe auch gemeinsame Trends und Probleme, die in beiden Regionen gleichermaßen bestünden - etwa das Stadt-Land-Gefälle in beiden Landesteilen. Die Herausforderungen und Bedürfnisse auf dem Land im Osten seien oft den ländlichen Räumen im Westen näher als den Großstädten im Osten. „Die Einigkeit weiter zu stärken, ist die Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten in Deutschland in den kommenden Jahren“, betonte Schneider in dem Bericht. Die Herstellung der inneren Einheit Deutschlands sei „ein kontinuierlicher Prozess der gegenseitigen Verständigung“ und bleibe „deshalb eine dauerhafte Aufgabe“.